Das Gesicht des Parlamentarismus

Gewiß, auch schon für das aufstrebende Bürgertum war der Parlamentarismus ein Kompromiß an die vor ihr herrschende Adelsklasse. Aber, — das Bürgertum hat ja auch nie die Alleinherrschaft verlangen können, weil es nur als gleichberechtigter Konkurrent im Privateigentumskampf auftreten wollte.

Der Parlamentarismus hatte darum in diesem Ringen um die Gleichberechtigung Sinn und Zweck. Ja darüber hinaus hatte der Parlamentarismus auch noch für die Arbeiterklasse Sinn, solange sie von dem Schlachtruf des Bürgertums nach Gleichheit Nutzen ziehen konnte. Heute aber, wo die Arbeiterklasse mit ihrem eigenen Untergang das Leben der Privateigentumsordnung bezahlt und darum, nur durch den Kommunismus, durch die Aufhebung des Privateigentums ihren vollkommenen Untergang verhindern und den Neuaufbau beginnen kann, muß der bürgerliche Parlamentarismus ohne lebendigen Inhalt bleiben.

Seine letzten Zuckungen waren von dem Kasperletheater einer Radikalismus vortäuschenden Parlamentsmeute begleitet, die keinen Hund vom Ofen locken konnte.

Daß selbst das Bürgertum diesen Klamauk wegen der sonstigen Saft- und Kraftlosigkeit des Parlamentarismus brauchte, beweit folgendes:

Bürgerliche Journalisten beschwerten sich wegen der „zum — Kotzen langweiligen Parlamentsberatungen". Das ewig lächelnde Paulchen (Loebe) hielt darum dem Reichsverband der deutschen Presse (der Meinungsfabrik) einen Vortrag, wie man die Reichstagssitzungen ein wenig lebendiger gestalten könne, worüber der Abend-Vorwärts u. a. folgendes berichtet:

„Loebe erörterte dabei besonders seine Vorschläge, die das Ziel verfolgten, die Verhandlungen der Plenarsitzungen des Reichstags interessanter zu gestalten. Es handle sich um eine Aenderung der Reihenfolge der Redner, um dadurch die Möglichkeit zu schaffen, daß Gegner aufeinanderplatzen könnten."

„Kann sich der Parlamentarismus noch besser in seiner Wesenslosigkeit zeigen?

„Lächeln muß man über die „Rote Fahne", wenn sie feststellt:

„So züchtet Loebe auf eigenartige Weise „Opposition", und die bürgerliche Presse hat dann die Möglichkeit, wieder Interessantes zu berichten.

Wie tief ist bereits der deutsche Parlamentarismus gesunken! Die gesamten Reformpläne des Herrn Loebe kennzeichnen jedoch recht deutlich die bürgerliche Klassenpolitik der sozialdemokratisch-deutschnationalen Einheitsfront."

Ist es nicht die „Rote Fahne", die jedo Attraktion ihrer Helden in den glorreichsten Farben schildert?

Wahrlich, die Arbeiterschaft ist nicht zu beneiden, wenn sie diese Oppositionsmeierei noch ernst nimmt, sich dafür opfert.

Es gibt bedeutend bessere Varietés als das der bürgerlichen Parlamente. Auch die linken Abgeordneten sind keine Glanznummern mehr. Na, schader nichts, Pat und Patachon machen es besser.

Aus der Internationale

Tschechoslowakei

Ausklänge zum Textilarbeiterstreik.

Was im letzten Artikel über den Textilarbeiterstreik gesagt wurde, traf vollkommen zu. Dank den durch jahrelang in die Hirne der Arbeiter durch Thesen geblähten „Rin.in den Mist"-Parolen pfiffen die Arbeiter auf die Streikleitungen und ließen sich von den Gewerkschaftsbonzen vom Streik abhalten. Die Folge sind einige Maßregelungen jener, die doch in den Streik gingen und schließlich ein großer Katzenjammer in der KPC.-Presse, die nun gleich unseren glorreichen Heerführern von 1914/18 Leitartikel schreibt. So etwa: „im Kampfe ungebrochen", und der „Dolchstoß von hinten", durch die Sozialdemokratie. Verschont wird das Ganze durch Anekdoten von braven Streikposten, die bei 30 Grad Kälte ausharren und von den bösen Gendarmen, die sogar revolutionäre Parlamentarier, rote Gewerkschaftsbonzen, kommunistische Presse-Berichterstatter verhaften.

Das ist aber nicht alles. Jetzt, nach der Niederlage der KPC., kommen die lieben Sozialdemokraten und hoffen für sich so etwas wie eine Konjunktur. Die Gewerkschaften, versteht sich die Amsterdamer, steigen im Kurs und das Proletariat wird in allen Tonarten angegangen, es möge doch die KPC. nicht „verraten, schlechten" Führern verlassen und sich der Sozialdemokratie anschließen, die doch über so „gute, im Kampf ergraute" Führer verfügt. Und das Proletariat selbst, dem man an der Führerschaft, ob so oder so, doch gewisse Zweifel aufsteigen, ist ob der jahrelangen Kasernenhofideologie ganz verzweifelt, „daß auf die Führer kein Verlaß ist". Es ist eine schwere Aufgabe, das bis jetzt so verkümmerte Selbsthandeln zum Erwachen zu bringen.

Inzwischen kracht's in einem Verbande, der der roten Gewerkschaftsinternationale angehört, nämlich im Holzarbeiterverband. Der Sekretär Hasche, der die Thesen des 4. Kongresses der RGI. nicht befolgte, wurde aus der KPC. ausgeschlossen. Aber der Holzarbeiterverband, dessen Mitglieder, wie der „Vorwärts" bemerkt, nicht genügend revolutionär sind, lehnte unter seinem Einfluß den Anschluß an den Dachverband, den IAV., ab und stimmte in einer Versammlung, in der u. a. beschlossen wurde, daß alle seine Mitglieder aus der KPC. auszutreten hätten, den Vertreter des Polbüro der KPC. und Ritter des roten Tages, Viktor Stern, trotz seiner durch die revolutionäre Tätigkeit im Parlament berühmten Rednergabe, nieder. So sieht die Eroberung der Gewerkschaften aus. Selbst die „roten" Gewerkschaften beginnen nach Amsterdam zu wandern, was unsere Auffassung in der Gewerkschaftsfrage nur bestätigt.

Inzwischen gibt es auch sonst noch einige ganz bemerkenswerte Sachen. Die Unternehmer, durch den Textlerstreik mutig geworden, kündigen die Kollektivverträge in der Textilindustrie und den Textilarbeitern wird es wohl bald so gehen, wie den Leinewebern in Gerhart Hauptmanns „Webern", sie werden sich mit einer Quarkschnitte pro Tag und Mann zufrieden geben müssen. Vielleicht erwachen sie dann zum Selbsthandeln.

Bei der jetzt herrschenden Kälte hat auch der bürgerliche Staat Gelegenheit, seine Wohltätigkeit zu beweisen. Es wird verschiedenenorts gratis Grog ausgegeben, gewiß eine erfolgreiche Unterstützung für hungrige Proleten. Aber man ist zufrieden, und wenn einmal ein Abgeordneter im Parlament eine Rede vom Stapel läßt, so ist das auch alles, was geschehen kann. Ebenso auch das Abgeordnetenhaus und der Senat treten zum wohlverdiente Kälteferien an. Die Arbeiterschaft aber, die auch durch Betriebsstillegungen zu Kälteferien gezwungen ist, die weniger angenehm sind als die der Parlamentarier, da sie keine Diäten bezieht, wird erst dann auf derlei Vergnügen verzichten können, wenn sie zum Selbsthandeln erwacht.

Holland

Die holländische Sozialdemokratie und ihre linke Strömung.

V.

Die Agrarfrage.

In den Augen der Staatskommunisten ist und bleibt die Landwirtschaft ein Stein des Anstoßes für die Durchführung des Kommunismus. Unserer Meinung nach hat der Kapitalismus die objektiven Bedingungen für den Kommunismus auch in der Landwirtschaft glänzend durchgeführt. Es hängt nur davon ab, wie man die Dinge sieht; ob man die Verwaltung der Produktion in die Hände der zentralen Regierungsbüros legen will, oder ob man sie von den Produzenten selber vollziehen läßt.

Wir wollen zunächst den heutigen Charakter der Landwirtschaft ins Auge fassen. Ohne Zweifel finden wir hier nicht die ungeheure Konzentration der Produktion, wie wir diese in der Industrie beobachten. Aber dieser Tatsache zum Trotz ist der Landbau durch und durch kapitalistisch geworden.

Die Warenproduktion ist das charakteristische Kennzeichen der kapitalistischen Wirtschaftsweise. „Waren" sind Gebrauchsgegenstände, die der Produzent, bei Privatbesitz an Produktionsmitteln nicht für den eigenen Verbrauch, sondern für den Bedarf anderes produziert. Der Warenproduzent schafft dasjenige, was er selber nicht verbraucht und er verbraucht gerade das, was er nicht verfertigt. Auf dem Markt findet dann der allgemeine Handel der Ware statt.

Dadurch, daß der Warenproduzent nicht für sich selbst, sondern für andere produziert, ist seine Arbeit gesellschaftliche Arbeit. In dem gesellschaftlichen Prozeß des Stoffwechsels sind daher alle Warenproduzenten untereinander verbunden, sie leben in vollkommen gegenseitiger Abhängigkeit und bilden damit ein geschlossenes Ganzes.

Der alte Bauernbetrieb kannte die warenproduktion nur als Nebensächlichkeit. Die geschlossene Hauswirtschaft der Bauern befriedigte fast den ganzen Bedarf aus eigener Arbeit. Der Bauer arbeitete für den eigenen Familienkreis, seine Produktion war nicht gesellschaftlich verbunden. Sein Produktionsumlauf vollzog sich fast ausschließlich in dem engen Kreis seines Hofes, solange er die Elemente seiner Produktion aus dem eigenen Produkt deckte. Nur das, was nicht in eigenem Verbrauch aufgenommen wurde, der Ueberschuß seiner Produktion, war für den Markt, womit diese Produkte Warenform annahmen. Der Bauernbetrieb war also kein Teil der gesellschaftlichen Arbeit, und das ist denn auch die Erklärung für die „unabhängige" Existenz der Bauern.

Die industrielle Warenproduktion hat diese Geschlossenheit durchbrochen. Wußte sie einerseits einen Strom billiger Produkte über die Erde zu streuen, andererseits wurde durch die Wirkungen des Kapitalismus der Pachtzins erhöht, während auch der Staat immer höhere Steuern verlangte.

Es ist hier nicht unsere Aufgabe, den Zerschlagungsprozeß der geschlossenen Hauswirtschaft zu verfolgen. (Siehe R. Luxemburg: „Die Akkumulation des Kapitals.") Wir wollen nur das Resultat feststellen, das für jeden deutlich zutage tritt: **Der Bauer brauchte immer mehr Geld, um seinen Verpflichtungen gerecht zu werden.** Geld kann er aber nur erhalten, indem er als Warenproduzent auftritt, um Produkte auf den Markt zu bringen. Hier lagen zwei Wege offen: Entweder der Bauer muß bei gleicher Produktion weniger verbrauchen, oder er muß die Produktivität seiner Arbeit steigern. Noch weniger zu verbrauchen als ein Bauer vom alten Schrot und Korn, gehört aber zu den Unmöglichkeiten. Die Steigerung der Produktivität erschien damit als einzige Lösung.

Hier liegt nun der Punkt, wo die „Oekonomen vom Fach" sich in ihren Zukunft-Spekulationen gründlich geirrt haben. Sie nahmen für den agrarischen Betrieb dieselbe Entwicklung an als für die Industrie. In der Industrie wurde eine immer größere Produktivität erzielt durch das Zusammenfließen von Kapitalien, durch fortschreitende Technik, durch die Entwicklung zum Groß- und Riesenbetrieb. Man nahm nur an, daß sich derselbe Konzentrationsprozeß in der Landwirtschaft vollziehen und der kleine und mittlere Bauer in der Hauptsache verschwinden müsse.

Die Oekonomen haben sich also in dieser Beziehung geirrt. Uebrigens ein sehr verständlicher Irrtum, weil sie nur rechnen konnten mit den früher gegebenen Möglichkeiten. Doch es ist merkwürdig, daß die industrielle Entwicklung, welche die Konzentration in der Landwirtschaft herbeiführen sollte, selbst den Boden für eine ganz andere Entwicklung der Agrikultur bereitete. Es waren insbesondere der Motor, der künstliche Dünger und die Agrarwissenschaft, welche die Produktivität des Landbaues gewaltig zu steigern wußten. Durch die moderne Düngung spielte die Beschaffenheit des Bodens eine untergeordnete Rolle, der Ertrag per Hektar wuchs gewaltig, wodurch der Bauer viel mehr „Waren" auf den Markt bringen konnte, während der moderne Verkehr einen allseitigen Transport versorgen konnte. Gleichzeitig mit der Steigerung des Ertrages per Hektar vollzog sich eine Erscheinung von gewaltiger Bedeutung. Sobald die Produktion auf wissenschaftlicher Grundlage betrieben wird, tritt die Spezialisierung mit zwingender Kraft auf. „Der Spezialist ist ein Höhlenmensch. Er sieht nur einen kleinen Lichtstreifen des Weltraumes, aber den sieht er sehr scharf", sagte Multatuli irgendwo. So sehen wir, daß der Bauer sich einrichtet, um nur ein bestimmtes Produkt zu liefern, aber um hier denn auch das Höchste zu erreichen, was bei dem heutigen Stand der Wissenschaft und . . . . seinen finanziellen Mitteln nur zu erreichen ist. Er spezialisiert seinen Betrieb, d. h. er beschafft sich gerade die Werkzeuge, die er für das spezielle Produkt braucht.

So ist heute die Lage der Landwirtschaft in einem großen Teile von Westeuropa. In Holland und Dänemark ist dies am schärfsten ausgeprägt, während Frankreich, England, Deutschland in schnellem Schritt der Spezialisierung folgen. Für Viehzucht und Gemüsebau im Umkreis der großen Städte hat sich auch in diesen Ländern der Uebergang vollzogen. **Der Bauer ist damit Warenproduzent geworden im vollen Sinne des Wortes.** Er bringt jetzt nicht mehr seinen „Ueberschuß" auf den Markt, sondern sein ganzes Produkt. Er schafft dasjenige, was er selber nicht verbraucht, und er verbraucht gerade das, was er selber nicht verfertigt. Er arbeitet also nicht für sich selbst, sondern für andere, für die Gesellschaft, seine Arbeit ist bei der gesellschaftlichen Arbeit eingeschaltet. Die gesohlossene Hauswirtschaft ist durch die Spezialisierung vernichtet, die Agrarwirtschaft ist übergegangen zur „industriellen" Produktion.

Möge der Bauer dabei noch der Eigentümer seiner kleinen Scholle geblieben sein, doch hat seine Stellung sich enorm verschlechtert. Allerdings kann er bei guter Konjunktur gute Geschäfte machen, aber er ist nun völlig von den Wechselfälligkeiten des Marktes abhängig und schlechte Witterung in einem Jahr, eine Krankheit in einer bestimmten Pflanzenart kann ihn gründlich ruinieren.

Diese Unsicherheit der Existenz gilt zwar auch für die industriellen Ueternehmungen, aber doch waren sie nicht so stark von der Natur abhängig. Die Produktivität wurde in der Weise gesteigert, daß die Akkumulation zustande kam durch Anwendung von immer produktiveren Maschinen, was schließlich auf eine Konzentration der Betriebe hinauslief. Für den Bauer nahm die Steigerung der Produktivität eine ganz andere Richtung, welche wieder bestimmt wurde vom Stand der Technik im Zusammenhang mit den Produktionsbedingungen des Bauernbetriebes. Die Akkumulation kam zustande durch die Beschaffung von Kunstdünger, Motoren und Traktoren. Einstellung auf ein Spezialprodukt.

In derselben Richtung wirken die Bauern-Genossenschaften. Durch sie konnten die Viehbauern selbst Molkereien errichten, wodurch diese Industrie direkt der Viehwirtschaft aufgepfropft wurde. Die Bauern haben damit ein Organ geschaffen, das sie alle unzertrennbar verbindet. Auch Land- und Gartenbau ist auf genossenschaftlichem Wege teilweise stark konzentriert, während doch von einer Zusammenfassung der Betriebe in industriellem Sinne keine Rede ist.

Die Tatsache, daß der Bauer Warenproduzent geworden ist, ist für die Revolution von größter Bedeutung und die „Angst vor den Bauern" ist zum guten Teil darauf zurückzuführen, daß ihre heutige Position falsch eingeschätzt wird. So wird z. B. viel darauf hingewiesen, daß das Proletariat in seiner Erkältung von den Bauern abhängig ist und daß man sie darum zu Freunde halten müsse.

Diese Ansicht ist abgeleitet aus dem Zustand der Agrarwirtschaft, wie sie in einer vergangenen Periode war. Man sieht die Frage so, als ob der Bauer noch der Bauer von früher, nicht der ausgesprochene Warenproduzent von heute sei, der nicht nur den „Ueberschuß" seiner geschlossenen Hauswirtschaft, sondern sein ganzes Produkt auf den Markt bringen muß. In der heutigen Lage ist das Proletariat nicht mehr von den Bauern abhängig als umgekehrt. Liefern die Bauern dem Proletariat ihr Produkt nicht, dann sind sie ebenso dem Hunger ausgeliefert als das Proletariat, so paradox es auch klingen möge. Der Bauer muß sein Produkt verkaufen, weil er nur produziert, was ere selber nicht verbraucht und verbrauchen muß, was er selber nicht produziert.

Auch die Furcht, daß der Bauer lieber sein Produkt verfüttert, als es gezwungen zu verkaufen ist beim spezialisierten Landbau ohne Grund. Der Viehbauer hat nur Vieh (abgesehen von den Nebenprodukten) und weiter nichts. Der Ackerbauer hat wohl Getreide, aber kein Vieh, der Hühnerbauer etliche Hühner, der Gemüsebauer nur eine bestimmte Anzahl Gemüsesorten. Sie sind alle Spezialisten.

Die Zurückkehr zur geschlossenen Hauswirtschaft selbst ist unmöglich, denn selbst ein Bauer kann nicht ein Jahrhunderi zurückgehen und allen Bedarf selbst verfertigen, weil er weder über die erforderlichen Fähigkeiten, noch über die dazu notwendigen Werkzeuge verfügt. Mit der einmal vollzogenen Vergesellschaftung der Arbeit kann niemand sich mehr daraus entziehen und ist ein „Zurück" unmöglich geworden. Wie man die Sache auch wendet-und dreht: Die Bauern sind auf dem gesellschaftlichen Schiff und müssen mit.

(Schluß folgt.)

Organisatorische Mitteilungen

Hamburg.

Donnerstag, den 28. Februar, abends 8 Uhr, bei Ickelmann, Bartholomäusstr. 1:

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. KAP. und AAU.; 2. Verschiedenes.

Arbeitsausschuß Groß-Hamburg.

Weißenfels.

Die Zusammenkünfte der KAP. und AAU. finden jeden Donnerstag, abends 8 Uhr, im Klosterbräu, Marienstr. (ehem. Gewerkschaftshaus) statt.

Chemnitz.

Die öffentlichen Diskussionen finden wie bisher 14tägig Sonnabends, abends 8 Uhr, im Gasthaus „Zur Linde", am Theaterplatz, statt.

Gäste willkommen.

Eintritt frei — Freie Aussprache.

KAP. — AAU.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Tietz, Berlin N, Jasmunder Str. 20, bei Kresse. — Druck: Dinckerei für Arbeiter-Literatur, W. Bradaut, Berlin O 17.

Revolution und Konterrevolution in Deutschland

Von Karl Marx.

Der parlamentarische Kretinismus.

Wo, fragen wir, war unter diesen Jammergestalten (in der Frankfurter Nationalversammlung), die ein einziges Jahr parlamentarischen Lebens zu vollständigen Idioten gemacht? Wo waren da die Männer für einen raschen und kühnen Entschluß, geschweige denn für ein energisches und konsequentes Handeln zu finden? . . . Sie waren vom Beginn ihrer gesetzgeberischen Laufbahn an . . . von der unheilbaren Krankheit des **parlamentarischen Kretinismus durchseucht**, einem Leiden, das seine unglücklichen Opfer mit der erhabenen Ueberzeugung erfüllt, daß die ganze Welt, ihre Geschichte und ihre Zukunft, durch eine Majorität von Stimmen in dem besonderen Vertretungskörper gelenkt und bestimmt werde, der die Ehre hat, sie zu seinen Mitgliedern zu zählen, und daß alles und jedes, was außerhalb der Mauern des Hauses vor sich geht — Kriege, Revolutionen, Eisenbahnbauten, die Kolonisierung ganzer neuer Kontinente, kalifornische Goldfunde, zentralamerikanische Kanäle, russische Heere, und was sonst noch einen Anspruch erheben kann, die Geschicke der Menschheit zu beeinflussen, — daß alles das nichtsweis im Vergleich zu den unermeßlichen Ereignissen, die im Schoße der wichtigen Frage ruhen, der, was immer sie sein mag, gerade in dem Moment die Aufmerksamkeit des hohen Hauses geboten.

Die Kunst des Aufstandes.

Nun ist der Aufstand eine Kunst, ebenso wie der Krieg oder andere Künste, und gewissen Regeln unterworfen, deren Vernachlässigung zum Verderben der Partei führt, die sich ihrer schuldig macht. . . Erstens darf man nie mit dem Aufstand spielen, wenn man nicht entschlossen ist, allen Konsequenzen des Spiels Trotz zu bieten. Der Aufstand ist eine Rechnung mit höchst unbestimmten Größen, deren Wert sich jeden Tag ändern kann; die Streitkräfte, gegen die man zu kämpfen hat, haben den Vorteil der Organisation, Disziplin und der herkömmlichen Autorität ganz auf ihrer Seite; kann man nicht große Gegenmächte dagegen aufbringen, so wird man geschlagen und vernichtet.

Zweitens. Ist der Aufstand einmal begonnen, dann handle man mit der größten Entschiedenheit und ergreife die Offensive. Die Defensive ist der Tod jeder bewaffneten Erhebung; diese ist verloren, ehe sie sich noch mit dem Feinde gemessen hat. Ueberrasche die Gegner, solange ihre Truppen zerstreut sind, sorge täglich für neue, wenn auch kleine Erfolge; halte das moralische Uebergewicht fest, das die erste erfolgreiche Erhebung dir gebracht; ziehe jene schwankenden Elemente an dich, die immer dem stärksten Anstoß folgen und sich immer auf die sichere Seite schlagen; zwinge deine Feinde zum Rückzug, bevor sie ihre Kräfte gegen dich zusammenfassen können. Kurz, nach den Worten Dantons, des größten bisher bekannten Meisters revolutionärer Taktik: de l'audace, de l'audace, encore de l'audace! (Verwegen, verwegen und wieder verwegen!)

Dietz-Verlag, herausgeg. v. Kautsky. Seite 103, 107, 117.

10. Jahrg Nr. 9

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 2. März 1929

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,10 und monatlich 0,68 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Sabotiert die Betriebsrätewahl!

Gesetzliche Betriebsräte oder revolutionäre Betriebsorganisationen!

Proletarier! Klassengenossen!

Ein Jahrzehnt erfreut ihr euch der „Errungenschaften" der „gesetzlichen" Betriebsräte. Ihr könnt selbst urteilen, was diese „Errungenschaft" für die Arbeiterklasse für einen Wert hatte. Nun, da die Gewerkschaften auch den letzten Rest einer zahmen Opposition abschneiden, um ungestört für die Ruhe der Profitschinder arbeiten zu können, will die KPD. euch ermuntern, bei der kommenden Betriebsrätewahl „rot" zu wählen, um euch abzulenken von ihrem eigenen Bankrott.

Wir fragen euch:

Haben diese gesetzlichen Betriebsräte, ganz gleich, ob freigelb oder rot markiert, ein einziges Mal versucht, euren zersplitterten Kämpfen einen Inhalt, einen Sinn zu geben?

Haben sie ein einziges Mal versucht, gegen die Peitsche der Schlichtungsdiktatur zu löken?

Haben sie ein einziges Mal versucht, über die Betriebe hinaus die Einheit der kämpfenden Klasse herzustellen?

Haben sie ein einziges Mal versucht, als eure Vertreter eure Kräfte zu sammeln, zu vereinigen zum Kampf gegen den konterrevolutionären Gewerkschaftskurs?

Nichts haben sie getan!

Und das kann auch nicht anders sein.

Das Proletariat erkannte instinktiv die Falle, in die es gelockt werden sollte, als man dazu überging, die Räte „in der Verfassung zu verankern". Die Kugeln, die in die demonstrierenden Massen vor dem Reichstagsgebäude pfiffen und das Pflaster vor dem „Haus des Volkes" mit Proletenblut färbten, dokumentierten den Willen der Bourgeoisie, das Proletariat zu entmannen, seiner Revolution den revolutionären Inhalt zu nehmen, durch die Kastrierung der Räte die Revolution auf den bürgerlich-gesetzlichen Inhalt zurückzuführen, die Räte selbst zu einem Werkzeug der kapitalistischen Ausbeutung umzubiegen. Und das ist vorderhand gelungen.

Was sind die gesetzlichen Betriebsräte?

Sie sind ein Glied in der kapitalistischen Organisation der Produktion. Sie sind nach dem Gesetz verpflichtet, für die Ruhe und Ordnung im Betrieb zu sorgen. Sie sind verpflichtet, die Belegschaften zu „entpolitisieren", das heißt, ihr Klassenbewußtsein abzustumpfen und sie für billige Schuhe, Heringe, saure Gurken und die Fahrräder der Gewerkschaften zu interessieren. Sie sind verpflichtet, bei „Streitigkeiten" „vermittelnd" einzugreifen, d. h. sie haben die Aufgabe, Konfliktstoffe, deren Beseitigung möglich ist durch Scheinentgegenkommen, zur Kenntnis ihrer Herren zu bringen, damit diese entscheiden können, ob die „gütliche" Beilegung rentabler ist, oder der brutale Terror durch Massenaussperrungen oder Massentassungen. Sie sind ein Glied jener verlogenen „Wirtschaftsdemokratie"; an den Betrieb und die kapitalistischen Interessen der Ausbeuter gesetzlich gebunden. Sie erfüllen die Funktion von Sklavenhauptlingen, ob bewußt oder unbewußt ist sachlich gleichgültig. Sie sind an das Gesetz der Ausbeuter gebunden und können jederzeit abgesetzt werden, wenn sie gegen dieses Gesetz verstoßen. Sie werden durch die ständige „Fühlung" mit der kapitalistischen Brut korrumpiert, ihrer Klasse entfremdet und notwendig Spekulanten auf „höhere" Stellen im kapitalistischen Staat und Wirtschaft. Sie sind kein Werkzeug des Proletariats, sondern nur ein Werkzeug des Kapitals!

Das Proletariat jedoch muß kämpfen!

Die Kapitalsoffensive ist die Offensive der gesamten Kapitalistenklasse, nicht der Kampf des einzelnen Kapitalisten gegen die Belegschaft seines Betriebes. Dieser Kampf hat nur einen Sinn auf der Grundlage der Klassensolidarität aller Arbeiter, es ist der Kampf des Gesamtproletariats, das entweder untergehen wird — oder siegen muß. Das Proletariat kann seinen Kampf nicht durchführen auf der Grundlage der kapitalistischen Gesetzlichkeit, die nur der Ausdruck der Interessen der kapitalistischen Ausbeutung ist. Die klassenbewußten Arbeiter jedes Betriebes müssen sich als Teil ihrer Klasse fühlen, müssen dem Kampfwillen ihrer Klasse ideellen und organisatorischen Ausdruck verleihen, müssen zum bewußten Träger der weltumspannenden Idee der weltumwälzenden Arbeitersolidarität werden und begreifen, daß jede einzelne Tat in dem großen weltgeschichtlichen Ringen der Proletarierklasse gegen die gesellschaftlich bankrotte Bourgeoisie die Tat des selbstdenkenden und selbsthandelnden Proletariats selbst sein muß.

Sabotiert die Betriebsrätewahlen!
Schafft Betriebsorganisationen!

Das muß die Parole sein, soll überhaupt die Idee des Sozialismus mehr sein als eine Geschäftsreklame für schmutzige Politikanten.

Schafft Betriebsorganisationen! in jedem Betrieb, in jedem Bergwerk, überall, wo die Peitsche der Ausbeutung über die entrechteten Proletarier knallt, und ihr schmiedet an der unzerreißbaren Kette der proletarischen Einheit der Aktion, die nötig ist, um die kapitalistische Erde zu befreien von dem mörderischen Fluch, der auf der Arbeit liegt.

Schafft Betriebsorganisationen! als Ausdruck proletarischer Willensbildung in jedem Betrieb, auf jedem Sklavenmarkt der Arbeitslosen, und ihr helft eure Klasse zu befähigen, den Widerstand zu organisieren gegen die immer mehr steigende Ausbeutung, der Entmenschung am laufenden Band, den Hunger, der aus Millionen Ueberflüssiger flackert, weil die Akkumulation des Kapitals zum Zwecke des kapitalistischen Aufbaues in dem Maße das Elend steigern muß, wie der Aufbau fortschreitet.

Schafft Betriebsorganisationen! als Waffen des Widerstandes gegen den demokratischen Faschismus, der mit dem Segen einer feilen Parlaments- und Gewerkschaftsbürokratie ausgerüstet, euch euer „Recht" in Gestalt eines erbärmlichen Hundelebens zudiktiert, und den Kapitalisten ihr Recht, im verbrecherischen Ueberfluß zu schwelgen; die dann zum Lohn eure Führer zu Staatsmännern avancieren lassen, damit sie standesgemäß mit fressen und mit saufen können.

Schafft Betriebsorganisationen! und verbindet sie zu der Einheit der Union der kämpfenden Klasse, und ihr legt den Grundstein, auf dem proletarisches Klassenbewußtsein zur Tat werden, proletarische Kraft am Widerstand der Kapitalsoffensive aufwächst und die proletarische Klasse durch ihre Räte endlich das große Zuchthaus niederreißt und die Gesellschaft freier Menschen gründet, die keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen kennt.

Schafft Betriebsorganisationen! und ihr legt die Grundmauern der revolutionären Arbeiterdiktatur, dem Schlüssel der weltgeschichtlichen Mission des Proletariats.

Vier Jahre hat die proletarische Klasse die Welt mit Blut gedüngt. Zehn Jahre währt nun schon der Aderlaß durch Gewerkschaften, Wirtschaftsdemokratie und parlamentarische Trottel als der Demonstranten politischer Arterienverkalkung im letzten Stadium. Und euer Elend schreit durch die „Erfolge" demokratischer Geschichtsklitterer zum Himmel und wetteifert mit dem Gestank ordinärsten Verrats. Ihr selbst müßt Hand anlegen, die Bollwerke der Vergangenheit, die reaktionären Gewerkschaften und parlamentarischen Parteien als das größte Hindernis in eurem Kampfe erkennen und den Kampf gegen sie aufnehmen. Ihr steht immer wieder am Anfang, und doch kann der Anfang der Anfang vom Ende der kapitalistischen Herrschaft sein, wenn am Anfang die befreiende Tat steht.

Das Hochwasser in der SPD.

Die Maiwahlen 1928 haben eine sogenannte Linksmehrheit gebracht. Seit dieser Zeit bemüht sich die SPD., mit den bürgerlichen Parteien zur Großen Koalition zu kommen. Den vom Parteivorstand bestimmten „Ministergenossen" war vollkommen freie Hand gelassen worden. Es waren ihnen vom Parteivorstand keinerlei programmatische Bedingungen gestellt, deren Annahme sie von den Koalitionsgenossen zu verlangen hatten. Trotz dieser ganz außerordentlichen Vollmachten, trotz restloser Preisgabe sämtlicher sozialistischen Prinzipien, hat sich die Bourgeoisie nicht entschließen können, mit der SPD. eine feste Koalition zu bilden. Ebenso wenig hat sie von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die Hermann Müller-Regierung zu stürzen. Seit Monaten schwimmt infolgedessen diese Regierung, weil es in Deutschland keine bürgerliche Partei gibt, die in der augenblicklichen Krise eine Verantwortung übernehmen will. Die Bourgeoisie überläßt daher den Sozialdemokraten die Ehre, als ganz gemeiner Notnagel zu fungieren. Je mehr sie aber verantwortliche Regierungspartei wird, um so schärfer werden die Konflikte mit ihren eigenen Arbeitermitgliedern. Die wirtschaftliche Krise zwingt die „Ministergenossen" zum Kampf gegen die Forderungen ihrer eigenen Partei. Es müssen von ihnen die kapitalistischen Grundsätze bei der Haushaltsregelung innegehalten werden. Ein Defizit von sechshundert Millionen ist zu decken. Zum Haushalt gehört auch der Reichswehretat. Er muß bewilligt werden, denn sonst machen die Demokraten, das Zentrum und die Deutsche Volkspartei nicht mehr mit. Die Rüstungsetriebe müssen subventioniert werden. Für die Bedürfnisse des Großkapitals hat das Geld da zu sein. Dagegen sind die Ausgaben für die Arbeiterschaft nach dem Diktat der Koalitionsgenossen einzuschränken.

Der Beschluß des Kieler Parteitages verlangt, daß die Sozialdemokratie sich nur dann an der Reichsregierung zu beteiligen habe, wenn es gilt, bestimmte im Interesse der Arbeiterbewegung gelegene Ziele zu erreichen oder reaktionäre Gefahren abzuwehren. Die Große Koalition bot selbst in ihrer besten Zeit niemals die vom Parteitag als Voraussetzung verlangten Möglichkeiten. Sie war immer eine Verbindung der bürgerlichen Parteien mit der Sozialdemokratie, und zwar aus dem Grunde, weil die bürgerlichen Parteien untereinander Interessengegensätze hatten, die ein Zusammengehen nicht ermöglichten. Der wesentlichste Gegensatz bestand in der Stellung zum Reparationsproblem und zur Frage der Gestaltung bzw. des Wiederaufbaus der Wirtschaft. Seit Beendigung der Inflation und mit dem Abschluß des Dawes-Abkommens und der darauf folgenden Festlegung der deutschen Innen- und Außenpolitik haben sich die Differenzen innerhalb der einzelnen deutschen Kapitalschichten immer mehr verringert. Die parlamentarische Notwendigkeit, die Sozialdemokratie zur Mitarbeit heranzuziehen, lag nicht mehr vor. Infolgedessen ging die Bourgeoisie rücksichtslos zur Wiederherstellung einer einheitlichen Klassenfront über, indem sie die Bürgerblockregierung bildete. Die Maiwahlen haben keine Aenderung der Stellung der bürgerlichen Parteien zueinander gebracht, weil neue Interessengegensätze nicht auftauchten. Wenn die Bourgeoisie dem Drängen der Sozialdemokratie auf Teilnahme an der Regierung nachgab, so tat sie dies nur, um der Sozialdemokratie Gelegenheit zu geben, mit ihrer Regierungsherrlichkeit vollkommen abzuwirtschaften. Die Sozialdemokratie sollte gezwungen werden, Farbe zu bekennen und selbst ihre Phrasen von „programmatischen Grundsätzen" preiszugeben. Das Ziel war, die Sozialdemokratie

von ihrer sozialistischen Vergangenheit zu befreien und den Gegensatz zwischen den Arbeitermassen, dem Parteiapparat und der Bürokratie offen zu legen. Das Bekenntnis zum bürgerlichen Staat und seinen Notwendigkeiten, die Zustimmung zum neudeutschen Imperialismus mußte denn zwangsläufig zu einer vollkommenen Revidierung des Parteiprogramms führen. Der kapitalistische Staat kann mit noch einem so gemäßigten sozialistischen Aktionsprogramm nicht regiert werden, zumal wenn Wirtschaftskrise und Rationalisierungsprogramm des Großkapitals die Klassengegensätze bis zum äußersten verschärfen. In den wenigen Monaten der Hermann Müller-Regierung brach die Grundlage dieser Arbeitsgemeinschaft vollkommen zusammen. Die sozialdemokratischen Minister zeigten sich außerstande, die „Wirtschaftsdemokratie" durchzusetzen. Sie mußten erleben, daß das Kapital auf das ganze Schlichtungs- und Tarifwesen pfiff. Gerade in ihrer Regierungszeit löste sich die „Wirtschaftsdemokratie" in ein Nichts auf. Die Gegensätze zwischen dem Minister und der Parteimitgliedschaft wurden infolge der dauernden Verstöße der verantwortlichen Staatsmänner gegen das Parteiprogramm so stark, daß sich der Parteivorstand gezwungen sah, zur Beruhigung der Mitglieder einen Parteitag zum März 1929 einzuberufen. Die Aufgabe dieses Parteitages sollte sein, die Differenzen zu klären. Diese bestanden hauptsächlich in der Frage der Koalition, des Wehrprogramms und des Konkordats.

Der „Vorwärts" hat in seiner Nummer vom 10. Februar 1929 die Anträge zum Parteitag veröffentlicht. Sie sind der Ausdruck des Kampfes der Mitgliedschaft gegen die Parteibürokratie. Die Eile, die der Parteivorstand an den Tag legte, hat sich allmählich gelegt. Zur Zeit der Ansetzung des Parteitages rechnete der Parteivorstand damit, daß bis zum Parteitag der neue Etat, d. h. die Aufbürdung von 600 Millionen neuer Steuern und die Neuregelung der Reparationsverpflichtungen und der Abschluß des Konkordats schon erledigt sei. Er hoffte, daß die bürgerlichen Parteien sich unter dem Druck der inneren und außenpolitischen Lage mit der Sozialdemokratie zur Großen Koalition verbinden würden. Dieser Glaube gründete sich besonders auf der vollkommen falschen Ansicht, daß seit dem Abschluß der Locarno-Verträge die deutsche Bourgeoisie restlos erfüllungsbereit sei. Dies ist aber nicht der Fall. Das deutsche Kapital ist nach Beendigung der Konjunktur des Jahres 1927 keineswegs davon überzeugt, daß die westliche Orientierung für es die einzige Lebensmöglichkeit biete, zumal die Kreditsperre des Auslandes die Schwierigkeiten des Aufbaus außerordentlich verstärkt hat. Außerdem fühlt sich das deutsche Kapital jetzt stark genug, um den Widerstand gegen die Reparationen wieder aufzunehmen. Schließlich ist es ihm viel angenehmer, wenn die Sozialdemokratische Partei allein die Verantwortung für die neuen Abmachungen übernimmt. So steht jetzt die Sozialdemokratie als alleinige Repräsentantin der deutschen Bourgeoisie nach innen und außen vor aller Welt da. Ihre größte Sorge ist die Stellung der Mitgliedschaften. Deshalb hat auch der Parteivorstand den Parteitag auf den Monat Mai vertagt. Es ist überaus bezeichnend, daß der Parteivorstand zur Begründung dieser Verschiebung glaubte, mit einem faden Kalauer, den „Hochwassergefahr", auskommen zu können, und so die eigenen Mitglieder dem Gelächter der ganzen Welt preisgab.

Die Vertagung ist von den Mitgliedern auch in der Tat ohne Widerstand aufgenommen worden. Die ungeheure Arbeitslosigkeit und damit verbunden das eigene materielle Elend, hat das Interesse am Parteitag außerordentlich stark gemindert. Man weiß, daß der Parteivorstand vollendete Tatsachen schaffen will und trotzdem läßt man alles laufen wie es läuft. Die Mitglieder wissen, daß ihr Widerstand zwecklos ist. Sie resignieren. Eine Spaltung der Partei will niemand. Allgemein sind die Mitglieder sich darüber klar, daß die Tätigkeit der sogenannten „Ministergenossen" nur die Konsequenz der bisherigen Einstellung zum Staat und zur kapitalistischen Republik ist. Wer den kapitalistischen Staat bejaht, muß auch seine kapitalistische Entwicklung fördern. Dazu gehört die Gewährung von Mitteln für die Reichswehr. Der Parteivorstand betont ja ausdrücklich, daß die deutsche Republik zum Schutze der „Selbstbestimmung ihres Volkes" eine Wehrmacht aufrecht erhalten muß. Deutschland könne als Außenstaat nicht mitbestimmt und wider Willen in blutige Verwicklungen hineingerissen werden. Infolgedessen könne von einer Auflösung der Wehrmacht nicht die Rede sein, sondern die Wehrmacht müsse als dienendes Glied in die demokratische Republik eingereiht werden. Das dazu vorgeschlagene Aktionsprogramm ist ein typischer Reformvorschlag zur „Republikanisierung der deutschen Reichswehr" nach österreichischem Muster. Wunderschön hört sich dabei die Forderung an, daß die Verwendung militärischer Kräfte bei Konflikten zwischen Kapital und Arbeit verboten sein sollte. Genau so gut könnte man dem Kapital durch Gesetz verbieten, das Proletariat auszubeuten und dem Kapital gebieten, auf seinen Profit zu verzichten.

Die Opposition gegen dieses Programm geht besonders von der sächsischen Sozialdemokratie aus. Plauen verlangt, daß alle Mittel zur Kriegsführung und alle Vorbereitungen dazu abgeliefert werden müßten. Die Partei müsse für die Beseitigung der Wehrmacht kämpfen. In vorsichtiger Weise tritt Plauch für den Umschlag der Landesverteidigung in den Bürgerkrieg ein. Trotzdem stellt es auch noch ein Aktionsprogramm auf, in dem es die verschiedensten reformistischen Vorschläge zur „Republikanisierung" der Reichswehr macht. Der Gegensatz zwischen dem grundsätzlichen und dem Aktionsprogramm zeigt die völlige Halbheit der Einstellung. Grundsätzlich „proletarisch", in der Praxis reformistisch.

Die anderen Gegenentwürfe bestehen genau auf demselben Boden. Sie enthalten sämtlich Aktionsprogramme, deren Forderung denen von Plauen entsprechen. Am weitesten geht Meißen; das sogar die Schaffung einer gewerkschaftlichen Berufsorganisation der Soldaten verlangt. Einen wässeren Reformismus kann man sich wohl kaum vorstellen.

Am kläglichsten ist die Haltung von Berlin, das das Wehrprogramm gar nicht auf diesem Parteitag, sondern auf dem nächsten erörtert wissen will. In einem Eventualantrag schließt es sich sogar den zehn Forderungen der Richtlinien des Parteivorstandes an. Die einzige radikale Phrase ist das Verlangen der Ablehnung der 2 Rate für den Bau des Panzerkreuzers, durch Reichstagsfraktion und parteigenössische Kabinettsmitglieder.

Eine restlose Uebereinstimmung besteht in der Ablehnung des Konkordats. Der „religiöse Sozialismus", insbesondere in seinem katholischen Gewande, findet nirgends Anklang. Die Ablehnung der Kirche und der Vertretung des Freidenkerstandpunktes ist allgemein. Herr Braun wird es trotzdem verstehen, sich über diesen Willen der Mitglieder hinwegzusetzen.

Allein die Essener Organisation verlangt ein klares Mißtrauensvotum gegen die Minister, während die kühnen Berliner sich damit begnügen, von dieser Sonderkategorie von Genossen eine vorherige Befragung der Instanzen bei besonders wichtigen Fällen zu verlangen.

Die Wormser Organisation verlangt sogar vom Parteitag, daß er gegen die geplante Biersteuererhöhung Stellung nimmt. Schwerste Bedenken haben die in Worms, die Dividenden des Brauereikapitals könnten gekürzt werden.

Man könnte noch eine nette Blütenlese von Anträgen bringen. Es lohnt sich aber nicht, weil dadurch nur die grundsätzliche Seite der Auseinandersetzungen verwischt würde. Der Kampf der Opposition ist hoffnungslos. Man kann die Geschichte einer Partei nicht zurückrevidieren. Die Minister regieren zwar nicht das Reich, aber die Partei! Die revolutionäre Arbeiterschaft setzt deshalb keine Hoffnungen auf die die linken Sozialdemokraten. Sie sind Gefangene ihrer Organisation und werden sich der „höheren Einsicht" der Herren Minister fügen. Vor dem Proletariat jedoch steht der Frage, ob es dauernd widerstandslos die Offensive des Kapitals über sich ergehen lassen soll, um die „Einheit" der vollkommen verbürgerlichten Sozialdemokratie dafür einzutauschen, damit diese einheitliche geschlossene Partei die Interessen des Proletariats besser mit Füßen treten kann. Diese Frage wird von der harten Wirklichkeit immer neu gestellt und ihre Lösung ist der Kampf der Massen zum Sturz des Kapitalismus, ein Kampf, der über die Trümmer nicht nur der Sozialdemokratie, sondern über die Trümmer jeder parlamentarischen Partei hinweggehen muß. Die Entwickelung der KPD. zeigt am besten, daß einer „radikalen" sozialdemokratischen Politik heute der reale Boden fehlt. Sie kann mit dem Geschrei über den Verrat der Sozialdemokratie ihre eigene Krise nur notdürftig verschleiern. Daß die KPD. alles mögliche versuchte, die Bewaffnung der deutschen Reichswehr durch den „Arbeiterstaat" zu decken, wenn auch durch den lächerlichen Versuch der Ableugnung, ist nur ein Beispiel dafür, daß ihre ganze Opposition eitel Demagogie ist. Das Jahr 1914 forderte das Proletariat in die Schranken. Es hat schwer bluten müssen für seine Aktionsunfähigkeit. Es erwartet, die Spuren sollten schrecken.

Aus der Dollardemokratie

Der Inseratenboykott.

Von Upton Sinclair.

„Es gibt kein Verbrechen, vor dem die Presse zurückschreckt."

Wenn die Zeitung ihre Großinserenten nicht genügend schützt, sorgen die schon selbst für ihren Schutz. Das erlebte kürzlich der Redakteur der Zeitung „Rocky Mountain News", während des Streiks in Colorado, daß „die Geschäftsleute von Denver einen Annoncen- wie auch einen geselschaftlichen Boykott versuchten, um die Veröffentlichung von Nachrichten über den Streik zu verhindern. . . Es wurde mir erzählt, daß der Besitzer des Blattes in den Denver Country Club nicht zugelassen wurde, solange unsere redaktionellen Artikel die Sache der Streikenden unterstützten."

Es gibt ein Gesetz, das Arbeitern verbietet, einen Boykott durchzuführen. Die Hutmacher von Danbury versuchten es zu durchbrechen und wurden deshalb vom Gericht mit einer Geldstrafe von mehrere hunderttausend Dollar belegt. Da sie die Strafe nicht zahlen konnten, beschlagnahmte der Gerichtsvollzieher die Wohnungen der einzelnen Gewerkschaftsmitglieder und warf sie auf die Straße. Aber wenn Großinserenten sich zusammentun, um ein Magazin, eine Zeitung zu boykottieren, würde es dem Gesetz natürlich nicht einfallen, unhöflich zu werden.

Ich hatte Gelegenheit, einen solchen Anzeigenboykott anhängig zu machen, als die Fleischkonserenindustrie vor Gericht genau zu beobachten. Viele Inseratenseiten wurden aus „Everybodys Magazine" abbestellt, — nicht nur Anzeigen von Schinken und Speck, auch von Düngemitteln, Saiten und Eisenbahnen. Lawson versuchte verschiedentlich, die Namen solcher boykottierenden Inserenten zu veröffentlichen, aber die Zeitschrift erlaubte es ihm nicht. Sie sagte sich wahrscheinlich, man könne dadurch Entbittterung erzeugen. Das ist endlose fortsetzen, wenn man auf diesem Wege genügend Leser erworben habe, könne man sich vielleicht bekehren und wieder „anständig" werden. Dann würden auch die Großinserenten zurückkehren, — wie es auch tatsächlich geschah.

Russell hat erzählt, wie jemand den Versuch unternommen hat, eine unabhängige Zeitung in Indianapolis herauszugeben, einer Stadt, in der die Straßenbahngesellschaften auf Grund der verschiedenartigsten Manipulationen ihr Kapital ihrer Unternehmungen von drei Millionen Dollar bis auf fünfundsiebzig Dollar-Millionen verwässert haben. Die unabhängige „Indianapolis Sun" erklärte in ihrem Kampf gegen die unsauberen Machenschaften der Straßenbahngesellschaften die Ueberführung der Bahnen damit, daß sie alle Wagen, ohne Ausnahme, an bestimmten großen Warenhäusern vorbeifahren ließen. Als die Lohnskalaven der Straßenbahnen sich nun zu organisieren begannen, wurden sie von der Sun unterstützt. Die mitteilte, daß die Straßenbahngesellschaften Automobile mit Scheinwerfern zur Kontrolle benützten, sie leuchteten nämlich den Eingang zum Saal ab, in dem die Arbeiter sich versammelten, so daß der Name jedes anwesenden Arbeiters festgestellt werden konnte. Ferner veröffentlichte die „Sun" einen Bericht ihres Reporters, daß die Straßenbahngesellschaften die führenden Personen der Arbeiter verprügeln ließen. — darauhin wurde auch der „Sun"-Reporter verprügelt.

Die Vereinigung der Kaufleute begann sich zu rühren und die Inserenten der „Sun" warnten sie vor einem Boykott. Eine „Sicherheitskommission" der Handelskammer wurde organisiert und eine Sitzung abgehalten, der dort hinginnging,

Die Demokraten baten anläßlich dieser Feier (in ihrem Presseorgan „Lietuvos Žinios") die faschistische Regierung flehentlich um die Erlaubnis, wenigstens an diesem Tage Versammlungen abhalten zu dürfen. Die Faschisten lachten nur darüber. An dem Tage versammelten sich zu feierlicher Sitzung alle ehemaligen Mitglieder des ersten Seims (das war die einzige Versammlung). Das waren die jetzigen „oppositionellen Demokraten", weil im ersten Seim kein Vertreter der litauisch Nationalen, jetzigen Regierungspartei, war.

Und was geschah dabei? — Die Herren „Demokraten" feierten gemeinsam mit der faschistischen Regierung, freuten sich über große „Errungenschaften", aber niemand wagte sich irgendwie zu äußern. Noch mehr: alle Anwesenden wußten schon, daß die faschistische Regierung alleinherrschend Umänderungen der vom ersten Seim proklamierten Reichsverfassung vorbereitet hatte (darüber wurde schon seit Monaten in der Presse geschrieben), aber kein einziges Wort wurde darüber gesprochen. Am nächsten Tage wurde mit dem Willen des Präsidenten die faschistische Reichsverfassung verkündigt, das war der „gesetzlichen Demokratie" ein Dolchstoß ins Herz.

Die Freude ist aber nicht beständig und zudem noch zweifelhaft, und zwar deshalb, weil außer den Führern — der Verräter — auch Massen sind. Außer der gleichgültigen „Gesellschaft" gibt es auch Arbeiter und außer der legalen „Opposition" besteht noch eine illegale, revolutionäre Opposition.

Trotz grausamer Verfolgung, trotz blutigen Terrors, welcher gegen antifaschistisch bewußte Arbeiter und werktätige Bauern angewendet wird, herrscht doch antifaschistische—antikapitalistische Stimmung. Es hilft auch nicht die andere Taktik die Versuche, mit sämtlichen Minderwertigkeiten die terrorisierten Massen zu führen. Zum Beispiel wurden im vergangenen Frühjahr für die neugegründete Landwirtschaftskammer Wahlen, unlängst die Krankenkassen-Wahlen, durchgeführt. Zu diesen Wahlen erschienen im ganzen nur 30 Prozent der Wahlberechtigten, und die haben noch zum großen Teil für die Kandidaten der „legalen Opposition" gestimmt. Das beweist, daß der Faschismus keinen Einfluß auf die breiten Arbeiter- und werktätigen Bauernmassen ausübt. Ein ähnliches Bild stellt auch die Organisierung der Bauern in der „Landwirtschaftlichen Einheitsorganisation" dar. Die große Mühe und die zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellten Geldsummen hatten nullwertige Ergebnisse. In Ortschaften bildeten sich Komitees von Bauern, Beamten, Gutsbesitzern und Großbauern. Die breiten Massen der werktätigen Bauern jedoch stehen abseits und sind mißtrauisch gegen dieenigen gestimmt, die sich bei den Faschisten einschmeicheln und die Anleihen erhalten.

Im großen Ganzen kann man ohne Zweifel behaupten, daß sich die Unzufriedenheit mit der faschistischen Regierung nach zweijähriger Herrschaft nicht vermindert, sondern vielmehr vergrößert hat. Allein passive Unzufriedenheit genügt aber nicht, um das faschistische Regime zu zerschlagen. Es fehlt dazu der Ansporn, die Aufrüttelung zum Kampf, und das vermögen nur die Losungen der sozialen Revolution. Eine rein politische Revolution, das heißt massenhafter Aufstand gegen die faschistische Diktatur für die Wiederherstellung der politischen „Demokratie", für den Schutz der Reichsverfassung hat gar keine Aussichten. Und das wird zum Teil auch dadurch erklärt, daß die „Wiederherstellen", wie Demokraten und Sozialdemokraten, Anhänger der legalen „Kampfmaßnahmen" sind und an die „Revolution des Faschismus zur Demokratie" glauben. Vor der Revolution haben sie größere Angst, wie die Faschisten selbst.

Die Kommunistische Partei Litauens (Sektion der Komintern) übernimmt, wie alle Sektionen, die fertigen Parolen aus Moskau.

Besonders viel Mühe geben sich die Bolschewiken, um die politische Emigration im Auslande zu infamieren. In der kommunistischen Partei Litauens selbst jedoch jagte eine Opposition die andere. Die in den Gefängnissen schmachtenden Gefangenen spüren den provokatorischen Kurs der KPL. Wie sollen auch gerade sie Parolen, wie „Verteidigung der Unabhängigkeit Litauens!" begreifen. Bei der Erörterung und Popularisierung dieser Parole behaupten die bolschewistischen Führer in der Presse: Sie allein sind die einzig wahrenKämpfer für die Unabhängigkeit Litauens. Sie allein sind die herlichen Verteidiger derselben. (Welche Ehre!) Aber die Arbeiterklasse, welche in diesem „unabhängigen Litauen" das größte Elend und die Unabhängigkeit der Kapitalisten auf ihren Schultern trägt, spottet mit Recht solcher Kämpfer für die Unabhängigkeit. Selbst dem einfachsten Arbeiter ist klar, daß die „Unabhängigkeits"parole aus den Interessen der Moskauer Diphomatie, aber in keinem Falle aus den Interessen des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse Litauens entspringt. Die ganze Kompagnie „der Verteidiger" der „Unabhängigkeit" nach der einjährigen Praxis erlitt das größte Fiasko. Geheime Befehle der „Führer" und Aufforderungen, Protestversammlungen und Demonstrationen gegen die Drohungen Polens zu veranstalten, blieben ohne Erfolg. Keine Versammlung, keine Demonstration wurde veranstaltet. Selbst in der Partei, wie oben erwähnt, entstanden durch die verderbliche Politik „Oppositionen" Abweichungen, Säubermungen, Verrat und Korruption.

Es ist kein Wunder, daß die Führer der KPL, eine solche Politik treiben, wenn wir uns darauf aufmerksam machen, wie die bolschewistische Führung der 3. Internationale — die SSSR.-Herrscher — „freundschaftliche Fühlung" mit der faschistischen Regierung Litauens halten. Anläßlich des zehnten Jahrestages „des Wiederaufbaues des Litauischen Staates", am 16. Februar v. J., übersandte Tschitscherin, (Kommissar des auswärtigen Amtes) dem litauischen Minister-Präsidenten Woldemaras folgendes Telegramm:

„An den
Minister-Präsidenten und Außenminister
der Litauischen Republik, Herrn Woldemaras!

Ich halte es für meine liebenswürdige Pflicht, die Regierung der litauischen Republik über ihre Persönlichkeit zum zehnten Jahrestag des Wiederaufbaues des litauischen Reiches zu beglückwünschen.

Die Sowjet-Regierung, ausgehend von dem verkündigten Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, sowie alle Völker der Sowjet-Union **verfolgten stets mit tiefer Sympathie die Entwickelung und Befestigung der Unabhängigkeit Litauens** und war bestebt,

die Unabhängigkeit bei jeder Gelegenheit zu unterstützen (N. B.).

Die freundschaftlichen Gefühle der Regierung und aller Völker der Sowjet-Union wurden schon im Jahre 1920 durch den Friedensvertrag gekäftigt und im Jahre 1925 durch den Freundschaftsvertrag die Gegenseitigkeit der Gefühle und Gemeinschaft der Interessen beider Staaten bestätigt.

Ich bin überzeugt, daß sich auch fernerhin die Unabhängigkeit Litauens befestigen wird und das Wohl des Litauischen Volkes (N. B. unter der Henkerherrschaft des Faschismus) **auch die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Litauen und der Sowjet-Union immer fester gestalten wird."**

Gez.: Tschitscherin.
(Wörtliche Uebersetzung.)

Oder auch die Teilnahme des Generals Sudakow — SSSR. Militärattasschee für die Baltischen Staaten — bei dem zehnjährigen Gründungsjubiläum der Litauischen Armee am 25. 11. 28 in Kowno, ist ein Beweis der Schandpolitik der 3. Internationale. Selbstverständlich schafft solche Haltung der Bolschewiki dem grausamen faschistischen Terror gegenüber, wie der Verrat der Sozialdemokraten, äußerst schwere Umstände für den revolutionären Kampf gegen die faschistische Diktatur.

Aus der Bewegung

Zur Debatte in der Union

„Bewegliche" oder „starre" Taktik.

In Nr. 9 des „Kampfruf" ist in einem Bericht einer Bezirkskonferenz Rheinland-Westfalen zu lesen, daß die Redaktion der „KAZ." „unehrlich" ist, und ihr Standpunkt nicht sachlichen Erwägungen entspringe, sondern lediglich Führerherrlichkeit sei. Die Bezirkskonferenz faßt außerdem einen Beschluß, der die „Schreibweise" der „KAZ." verurteilt, und weitere Auseinandersetzungen zwischen „Kampfruf" und „KAZ." zu verhindern seien, da diese Auseinandersetzungen zur „Zersetzung" führen würden. Diese Infamierung der „KAZ."-Redaktion und damit der Genossen, die die politische Meinung der „KAZ." teilen — das ist die überwiegende Mehrheit der Partei — beansprucht netto 1½ Spalten, und wenn sie einen Sinn haben soll, so doch wohl den, daß die Partei überhaupt nichts mehr erwidert, weil alles vorgebrachte doch „unehrlich" ist. „Ehrlich" ist nur der Schreiber des Berichts. Wir gestehen, daß wir außerstande sind gegen eine derartige Bornierthcit anzukämpfen, und bekennen offen, daß wir es ablehnen auf persönliche Anpöbeleien zu antworten. Wenn der Bericht ohne Bemerkung des KAA. erscheint, der auf der Konferenz vertreten war, so nehmen wir zur Kenntnis, daß er sich mit dieser „politischen" Argumentation stillschweigend identifiziert; auch mit der schon an Schwachsinn grenzenden Naivität, daß besagter Bericht das letzte Wort über die Taktik der Arbeiterbewegung ist, weil jede andere Meinung „zersetzend" wirkt. Wir möchten auch nicht behaupten, daß die Meinung dieser Genossen unehrlichen Motiven entspringt, wir nehmen zu Gunsten der Genossen an, daß es sich um tatsächliche ehrliche Ueberzeugung handelt, — die aber eine immerhin gefährliche politische Beschränktheit nicht ausschließt.

Die Redaktion der „KAZ." nimmt für sich die letzte Weisheit nicht in Anspruch. Aber sie kann darauf hinweisen, daß sie in allen kritischen Situationen der deutschen Arbeiterbewegung im großen und ganzen die Dinge klar gesehen hat. Wir erinnern nur daran, daß 1923 die Berliner Organisation gegen eine „Bewegtheit" kämpfte, die von krassestem Opportunismus diktiert war. Eine nationalistische Welle raste anläßlich der Rheinlandbesatzung durch Deutschland. Der Separatismus gestattete den Arbeitslosen der besetzten Gebiete, die deutschen Rathäuser zu stürmen. Die „Arbeiterfreundlichkeit" des französischen Imperialismus und der Nationalismus aller deutschen Parteien nahmen Dimensionen an, die jeden Funken Internationalismus zu ersäufen drohten. Diese Lohnkämpfe im damaligen besetzten Gebiet waren eine gefährliche Falle und es muß als Verdienst der Berliner Organisation gebucht werden, daß sie damals ganz „starr" den Gedanken des wirklichen Internationalismus verteidigte. Einer der größten Schreier der beweglichen Taktik um jeden Preis hat damals die Beweglichkeit bis zu einem Grade getrieben, die ihm ermöglichte, den Sprung von der revolutionären Phrase zum offenen Separatismus ohne große Schwierigkeit zu wagen. Einige seiner Sekundanten standen dann dabei und rissen das Maul auf. Sie reißen es heute nicht minder auf. Wir wollen mit diesem Beispiel darauf hinweisen, daß eine Taktik niemals etwas in alle Ewigkeit Fixiertes sein kann. Es gibt Situationen, wo eine Partei den Mut aufbringen muß, auch gegen den Willen der Massen ganz starr an der revolutionären Perspektive festzuhalten. Als das Ludwigshafener Proletariat anläßlich der Maßregelung von drei Betriebsräten einen wochenlangen Streik durchgeführt hatte, glaubte es in der AAU. den letzten Ausweg zu finden, realisieren, erleben wir — eine heillose Konfusion. Man glaubt originell zu sein, indem man von „rücksichtloser Auslösung von Wirtschaftskämpfen" faselt, und hinzufügt, daß Wirtschaftskämpfe nicht im Gegensatz zur Revolution stehen. Mit Verlaub: Waren Wirtschaftskämpfe in letzter Zeit nicht genügend vorhanden? Kommt es nicht vielmehr darauf an, die Ideologie der Massen, die sich in solch aussichtslosen Kämpfen verbluten, zu beeinflussen? Kommt es nicht vielmehr darauf an, die in den Thesen der letzten Reichskonferenz formulierte Erfahrung praktisch anzuwenden? Wir wollen nicht zitieren, aber wir glauben, kein einziger Unionist bezweifelt, daß diese Thesen vom Standpunkt der Taktik der Union alles enthalten, auch den Hinweis, daß die Union, wenn es ihr gelingt, die Führung von Kämpfen unter der Bedingung zu übernehmen, daß die Massen den gewerkschaftlichen Rahmen sprengen, je nach Lage der Dinge zum Abschluß bringen muß, um so in jeder Situation das Prinzip der Arbeitersolidarität hochzuhalten. Wir fragen nun, was heute eine völlig überflüssige Diskussion über beschlossene Dinge soll? Und wir haben um so mehr ein Recht, danach zu fragen, als von den Anhängern der „beweglichen" Taktik ihre vor zwei Jahren vertretene Ansicht, daß die Union als Organisation „Verhandlungen führen soll, nicht mehr vertreten wird, sondern daß sie stillschweigend die Ansicht akzeptieren, die allein richtig sein kann: daß die Union niemals in ein ähnliches Verhältnis zum Kapital treten kann wie die Gewerkschaften, sondern daß die Union das Prinzip des Selbsthandelns des Proletariats verkörpern muß, und daß das Proletariat durch seine Kampforgane seine Kämpfe selbst führen und liquidieren muß.

In seinem einzigen Punkt bringen die Anhänger der „Beweglichkeit" um jeden Preis einen einzigen neuen Gedanken: Im Gegenteil, sie „vergessen", was sie einst predigten, weil die Genossen der „starren" Taktik sie mit der Nase auf die Konsequenzen einer Taktik stießen, die unweigerlich die Union zu einem Gewerkschaftsersatz herabdrücken müßte. Die „Beweglichkeit" entpuppt sich vielmehr, je länger man sich das Getue mit anhört, als die Beweglichkeit von Rezeptmachern, die sich letzten Endes nicht mehr in der wirklichen Welt zurechtfinden. Man braucht nur die Vorschläge Rheinland-Westfalens zu lesen; den Erwerbslosen, den Kurzarbeitern, den Notstandsarbeitern sollen ihre antigesetzlichen Vertreter bestellt werden, dann kommt die Einheitsfront. Daß diese „antigesetzlichen" Vertretungen ohne den Kampf des Proletariats zu einer lächerlichen Hanswurstiade herabsinken müssen, begreift der ehrliche Genosse nicht. Kein Wunder, daß die Partei hier als „starr" abgekanzelt werden muß. Sie steht der „Beweglichkeit" nervöser Projektemacher im Wege.

Noch eine andere damit zusammenhängende Frage steht zur Diskussion. Die Partei hat den Organisationsputschisten, die, von geistiger Anomie gequält, den Rahmen der Partei zu sprengen suchten, weil sie ihrer hysterischen Gefühle nicht mehr Herr geworden sind, konsequent die Stirn geboten, und eine „Einigung" ohne konkrete Sicherungen vor ähnlichen Wiederholungen abgelehnt. Sie mußte das ablehnen, weil das revolutionäre Proletariat auch die Grundsätze der revolutionären Selbstdisziplin gegenüber dem syndikalistischen Sumpf verteidigen muß. Es liegt in der Logik der Dinge, daß die „Beweglichkeit" um jeden Preis zu einer Einheitsfront mit all jenen Elementen führen muß, die aus irgendeinem Grande Mütchen an der Partei kühlen wollen. So richtig es ist, daß in der Union Platz sein muß für alle Arbeiter, die aus eigener Erfahrung erkennen, daß nur der Zusammenschluß der Klasse auf der Grundlage der Betriebe Sinn hat, so lächerlich ist es, damit zu entschuldigen, wenn irgendeine Fraktion den „weiteren Rahmen der Union" zum Deckmantel nimmt, um ihren Kampf in und durch die Union gegen die Partei fortzusetzen. Wenn sich die Union zum Obdachlosen-Asyl politisch Gestrauchelter erniedrigt, hört sie auf, für die revolutionäre Selbstdisziplin des Proletariats zu kämpfen, ohne die kein Sieg der proletarischen Klasse möglich ist. Ein Abrutschen auf diesen Weg muß den Kampf der Union gegen die Partei nach sich ziehen und dem Gedanken der „Einheits-Organisation" immer neue Nahrung verschaffen. Die Partei jedoch kämpft für die taktischen und organisatorischen Grundprinzipien der revolutionären Arbeiterbewegung, und muß, wenn diese durch den beschränkten Gesichtspunkt organisationsegoistischer Elemente in der AAU. mit Füßen getreten werden, ihre warnende Stimme erheben, auch dann, wenn das Geschrei von „Selbständigkeit" eine prinzipielle Diskussion verhindern soll.

Wir stehen erst am Anfang wirklich positiver Arbeit im Sinne der taktischen und organisatorischen Prinzipien der KAPD. Ein Jahrzehnt lang mußte die revolutionäre Arbeiterbewegung in Deutschland kämpfen, um jene Position beziehen zu können, die ihr ermöglicht, infolge der von neuem zusammenkrachenden Illusionen durch den kapitalistischen Aufbau, die Saat des revolutionären Klassenkampfes in aufgetockertem Boden zu versenken. Das, was die KAPD. zu verwalten hat, ist zu wertvoll, zu teuer erkämpft, um es Genossen zuliebe zu opfern, die aus ihrer Froschperspektive heraus das Kampfmittel nicht mehr zu überschauen vermögen. Die Partei muß bei aller selbstverständlichen „Beweglichkeit" um ihre Grundsatzfestigkeit kämpfen, täglich, und immer von neuem, und unerbittlich und erbarmungslos. Wenn dieser Kampf heute nicht das Lob der Union findet, so kann sie daran nichts ändern. Sie ist dem Gesamtproletariat verantwortlich, das trotz alledem die Revolution schlagen und letzten Endes der einzig kompetente Richter sein wird.

Organisatorische Mitteilungen

Kommunistische Arbeiter-Partei Gr.-Hamburg.

Dienstag, den 5. März, im Lokal Eckelmann, Bartholomäusstraße 1. Tagesordnung: Arbeiterklasse, Gewerkschaften, Massenstreik.

•

Finowtal.

Auskunft über Versammlungen und Betriebsberichte an Karl Falk, Kupferhammer bei Eberswalde, Lichterfelder Str. 5. Daselbst jeden Sonntag von 10—11.30 Uhr Zeitungsausgabe sowie Bekanntgabe des Tagungslokals und Mitgliederaufnahme.

•

Weißensee.

Die Zusammenkünfte der KAP. und AAU. finden jeden Donnerstag, abends 8 Uhr, im Klosterbräu, Marienstr. (ehem. Gewerkschaftshaus) statt.

Groß-Berlin

11. Unterbezirk.

Am Freitag, den 8. März 1929, findet im Lokal Schönemann, Schöneberg, Sedanstr. 19, ein

Oeffentlicher Diskussionsabend

statt.

Thema: „Die Erwerbslosigkeit und ihre Ueberwindung."

Genossen, sorgt für zahlreichen Besuch!

Achtung! 17. Unterbezirk. Achtung!

Die Mitgliederversammlungen der Partei finden in Zukunft bei **Karl Kusche, Marktstr. 7,** statt.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Tinka, Berlin N, Jonasstr. Str. 29, bei Kramm. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Budunat, Berlin O 17.

10. Jahrg. Nr. 10

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 9. März 1929

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mk. inkl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,16 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal.

Inserate werden nicht aufgenommen.

Verfaulender Parlamentarismus

Wer löst die Krise?

Vor Monaten schon vernahm man aus dem Munde und dem Mundstück (dem „Vorwärts") des Herrn Loebe, daß er eine Geschäftsordnung zu zimmern gedenke, die die Krakehler in die Schranken weisen, das Ansehen des deutschen Parlamentes wieder zusammenflicken, und in diesem hohen Haus, dem Deutschen Reichstag, so die Voraussetzungen für wirklich praktische Arbeit geschaffen werden sollen. Der alte Mann hat sich in der Tat die redlichste Mühe gegeben. Alte verkalkte Herren sind gewöhnlich auch geistig bei den Watteunterröcken ihrer Mutter stehen geblieben und man kann ihnen ihre trottelhafte Art, mit den Maßstäben der guten alten Zeit die Probleme von heute zu meistern, noch nicht einmal besonders übelnehmen. Aber Herrn Loebe ist nun ungefähr passiert, was einmal einem alten geizigen Bauer mit seinem Gaul passiert ist: der wollte dem Gaul langsam das Fressen abgewöhnen; gab ihm jeden Tag weniger, und als der verhungernde Schinder nicht mehr fressen konnte — gerade da wollte besagter Bauer versuchen, ob er sich das Fressen schon abgewöhnt hätte; als er am anderen Tag krepiert war — da empfand dies das naive Bäuerlein als pure Niederträchtigkeit. Herr Loebe hat seine Polizeiordnung im Reichstag mit Erfolg durchgeführt, und fragt nach jedem geharnischten Zwischenruf, ob denn der Zwischenrufer den Mut habe, sich zu melden. Und jedesmal, wenn der betreffende Diätenempfänger still bleibt, weil Zaster und Fahrkarte auf dem Spiel stehen, lacht Herr Loebe pfiffig und denkt: Werde euch schon noch Anstand lehren!

Und nachdem nun der Krach nicht mehr geduldet wird — ist es ganz still geworden. Beängstigend still. Dem sauber zusammengestümperten Deutschen Reichstag ist der Stoff ausgegangen. Die „Linken" sind wohl etwas stiller geworden, aber rechts sagt man, daß dort nur leeres Stroh gedroschen wird. Und einer von den Rechten ging still fort mit der Erklärung: der ganze parlamentarische Humbug sei nicht wert, daß man auch nur eine Stunde versäume. Er käme deswegen nicht wieder. Geld hat der Mann genug, er braucht die Diäten nicht.

Auch das wäre nicht tragisch, gewiß nicht, wenn der Mann nicht gesagt hätte, was wirklich ist. Aber weil er das gesagt hat, stecken nun alle dort die Köpfe zusammen und konstatieren zum Schrecken des alten Loebe, daß es in der Tat sehr schlimm stünde um die größte „Errungenschaft" der Revolution. Es läßt sich mit dem besten Willen keine Regierung zusammenbringen, und was soll dann ein Parlament tun, wenn von autoritativer Seite nichts hingeworfen wird, was sich lohnt, darüber herzufallen. Und diesen Zustand dann noch bei einer Fülle welterschütternder Probleme: Reparationen, Staatshaushalt, Konkordat, Arbeitsschutzgesetz usw. usw. Und die kapitalistischen Parteien lachen noch über die ehrliche Sorge der sozialdemokratischen Spießer! Lachen noch! Und der „Vorwärts", das gesprächigste und häßlichste Waschweib dieser parlamentarischen Demokratie, ist aus dem Häuschen über so viel Verantwortungslosigkeit dem lieben Vaterlande gegenüber. Hat der „Vorwärts" nun eigentlich Grund, sich aufzuregen?

Jawohl, er hat seine guten Gründe! Mit diesen Gründen hat es aber die folgende Bewandnis: Parlamentarische Zusammenarbeit setzt natürlich, wie jede Zusammenarbeit, ein gemeinsames Ziel, wenn auch nur ein Teilziel voraus. So lange der Kapitalismus ein Interesse daran hatte, den Proleten die Lüge einzubläuen, daß erst wieder „aufgebaut" werden müsse, und daß dann die Proletarier auch einige Früchte dieser Ernte abbekämen, so lange das gemeinsame Ziel diese gemeinsame Lüge war, hat dem parlamentarischen Getriebe auch der Krach der KPD.-Parlamentarier nichts geschadet. Aber wenn die Macht der Bourgeoisie gefestigt, die Unterdrückung und verschärfte Ausbeutung des Proletariats in „rechtliche" Formen gegossen ist, mit diesem Aufbau aber zugleich die Notwendigkeit erneut klar wurde, noch mehr zu rationalisieren, noch mehr an den „sozialen Lasten" zu sparen, noch mehr steuerliche Belastung für die Hungerleider zu erzwingen, um die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zu sichern, steht die Sozialdemokratie vor der Frage sich immer noch mehr zu prostituieren und zu kompromittieren, wie schon ohnedem. Die Partei mit dem großen Wahlerfolg wird nun gezwungen, fortlaufend ihre eigene Demagogie zu entlarven. Sie stimmt gegen ihre eigenen Anträge in der Erwerbslosenfrage, bewilligt Panzerkreuzer und streicht die Kinderspeisungen; sogar ein lendenlahmer Antrag bezüglich der Invalidenversicherung wurde von dem Herrn Wissell, dem Hungerminister, zurückgewiesen, um ja nicht anzustoßen. Dabei enthält der Antrag noch nicht einmal die Forderung der Herabsetzung der Altersgrenze von 65 auf 60 Jahre. Kurzum: die kapitalistischen Parteien lachen über die parlamentarische Dirne; ihre Politik geht darauf hinaus, sie und ihre Wahlerfolge als Schein und Trug zu entlarven und die Sozialdemokratie letzten Endes zu zwingen, vollkommen bedingungslos zu kuschen, wenn nicht, dann ist der Parlamentarismus tot, und es muß eine andere „Lösung" gefunden werden.

Hier liegt der Hase im Pfeffer. Die Sozialdemokratie kann nicht, wenigstens nicht um den Preis ihrer eigenen inneren Zerrüttung, den Appetit des Kapitalismus sanktionieren. Denn letztenendes wird die praktische Zusammenarbeit der Klassen entschieden von dem Grad der Verschärfung der Klassengegensätze. Mögen die deutschen Proletarier mit noch so viel Illusionen an den Ausbau der demokratischen Republik gegangen sein: Heute reifen die Früchte, heute verkünden die Tatsachen laut, daß die kapitalistische Lösung jeder beliebigen politischen oder wirtschaftlichen Frage nicht die proletarische sein kann. Heute zeigt sich mit aller Schärfe, daß die Zusammenarbeit der Klassen Humbug ist, Betrug am Proletariat, **daß es nicht so weiter geht!** Daß die Fragen, die in Gestalt einer erschreckenden Verelendung vor dem Proletariat stehen, nur im proletarischen Sinne gelöst werden können durch den Kampf der Massen selbst, um die Macht, um die proletarische Diktatur.

Die parlamentarische Passivität der kapitalistischen Parteien beweist jedem denkenden Arbeiter, wie überhaupt eigentlich eine parlamentarische Regierung überhaupt ist. In der Erledigung und im Fortgang der kapitalistischen Geschäfte tritt keine Stockung ein. Herr Stresemann ist ohne Regierung der Beauftragte des deutschen Kapitalismus genau so, wie er dies als Mitglied der Regierung ist. Im Hintergrunde jedoch bereitet die deutsche Bourgeoisie die Behebung der „Krise" vor in Gestalt von entsprechenden Aenderungen. Die Diktatur des Kapitalismus, legalisiert in der parlamentarischen Verfassung auch in dem Sinne, daß in Zukunft störende Wortführer nicht mehr zu dulden werden, grinst hinter der bewußten Sabotage der Weimarer Demokraten.

Das Proletariat muß jedoch erkennen, daß es nicht seine Aufgabe ist, einen alten blinden Hund zu bemuttern, damit er ja noch nicht ganz krepiert. Die Aufgabe des Proletariats ist, die Lösung im proletarischen Sinne vorzubereiten durch die Vorbereitung der proletarischen Aktion als Klasse. Wenn zwischen den Klassen ein alter Mann jammert über die böse Zeit, wie der Präsident des Deutschen Reichstages, und so die politische Knochenverweichung seiner Partei personifiziert, so ist das kein Grund, selbst wunderlich zu werden. Und wenn die Thälmann-Partei in das Affentheater ihre Entrüstungsrufe schleudert, und mit der ernstesten Miene aus einem alten Mehlsack Funken zu schlagen versucht, so muß man berücksichtigen, daß diese Beschäftigung die bestbezahlteste ist, die ein beliebiger Dummkopf verrichten kann, und sich schon deswegen immer Leute finden werden. Das Proletariat darf sich von allen Meckergreisen und lächerlichen Kaspern nicht länger abhalten lassen aus dem Bankerott der bürgerlichen Demokratie die proletarischen Konsequenzen zu ziehen, wenn es vor unliebsamen Ueberraschungen gesichert sein will.

Zehn Jahre Komintern

Die Jahre vergehen, die Menschen werden alt, — wie bald ist eine Generation ausgestorben. Die lebende hat ihre Elite in den Granatenhagel gejagt; die ihm entrannen, mußten erst hindurch durch die Spießrutenspaliere der Demokratie mit ihrer Inflation, ihren Millionenheeren von verhungernden Erwerbslosen. Was die Kapp-Lüttwitz, die Noske und Märker nicht zu erledigen vermochten und vor den Zuchthäusern flüchtete, wurde durch den Hunger degeneriert. Wenige sind nur noch, die diese ganze Tragödie gesund hinter sich ließen, gesund an Körper und vor allem an Geist. Tausende, die heute ihr „Hoch" auf die 3. Internationale hinausschreien, wissen nicht, was geschehen ist, was heute ist, auch nicht, was werden wird. Sie sind entwurzelt- losgelöst von den geschichtlichen Bindungen der Arbeiterbewegung der Welt.

Als vor 10 Jahren die wenigen revolutionären Arbeiter, die dem Kriegsrausch so wenig erlegen waren wie der müden Resignation des resignierenden Kleinbürgertums, und sich aus dem Taumel einer blutspeienden Welt erhoben, um mit ihren letzten Kräften den Stichflammen der russischen Oktoberrevolution den Weg über die kapitalistische Erde zu bahnen, waren sie sich der Schwere ihrer Aufgabe sehr wohl bewußt. Aber die Tragikomödie der 2. Internationale hatte ihnen ins Hirn gegraben, daß dies nur möglich ist, indem die neue Internationale die ganze Wahrheit verkündet, jedem lähmenden Opportunismus den unerbittlichen Kampf ansagt. Die alte Welt hatte sich an ihren eigenen Widersprüchen entzündet, sich und die Menschen vernichtet und ihre Wissenschaft war gelandet im Delirium. Die neue konnte nur von der Klasse erkämpft werden, die mit der Vergangenheit restlos bricht, die Wurzeln ausrodet, die die alte Arbeiterbewegung vergifteten: den Kadavergehorsam gegenüber staatstreuer Führerbürokratie, die mit allen Mitteln die Kandarren verteidigten, mit denen sie die Massen in Schach hielten: den Parlamentarismus und die Gewerkschaftstaktik. Die Befreiung des Proletariats kann nur das Werk des Proletariats selbst sein: Alle Macht den Räten! — Das war die zündende Parole der russischen Oktoberrevolution, deren Dolmetscher und Generalstab die 3. Internationale sein sollte, um die russische Revolution aus der kapitalistischen Umklammerung zu befreien, sie zum Ausgangspunkt der proletarischen Weltrevolution zu machen.

An dieses eine, unverrückbare Ziel war die 3. Internationale gebunden, sonst konnte sie die geschichtliche Feuerprobe nicht bestehen. Es gab nur Sieg — oder Untergang; und das in Ehren, oder, — wie Rosa Luxemburg schon 1918 klar voraussah — die innere Verfaulung. Was ist heute, nach Jahren, von dem einstigen kühnen Geist, den Prinzipien, dem Heroismus übriggeblieben?

Aus der Weltrevolution wurde der „Aufbau des Sozialismus in einem Lande", aus der Parole: „Alle Macht den Räten!" wurde der „revolutionäre Parlamentarismus". Aus der „Diktatur des Proletariats" wurde die „Arbeiter- und Bauernregierung". Aus dem Terror der Revolution wurde praktisch der Terror der Nep-Bourgeoisie und der Kulaken gegen das revolutionäre Proletariat durch die Stalin-Regierung. Während die Kapitalisten aller Länder ungestört ihre Geschäfte mit der russischen Regierung abschließen, wandern Tausende Kämpfer für die Oktoberrevolution nach Sibirien, und der einstige Führer der einstigen roten Armee wird von Sibirien aus über die Grenze des einstigen Revolutionsgebietes befördert, mit dem offensichtlichen Versuch, die Opposition zu enthaupten, um die Namenlosen besser vernichten zu können, und was Trotzki als Leiche ebenso unbequem wäre, wie er dies als Mitwisser der Repressalien ist, die zu berichten man nie ganz verbindern könnte.

Die Proletarier, die heute noch von der 3. Internationale als einer revolutionären Institution träumen, sehen nicht, daß diese äußeren Symptome eben nur Symptome der tatsächlichen Machtverschiebung im ökonomischen Unterbau sind. Mit der erneuten Einführung der Warenproduktion und des freien Handels war der Revolution unweigerlich das Genick gebrochen, und die Ausstoßung aller Elemente mit dem Verlassen der revolutionären Linie — schon 1920 — war nur eine Seite derselben Politik. Mit der Einführung der kapitalistischen Warenproduktion waren alle Elemente neu geladen, die die weitere Entwicklung in eine konsequent kapitalistische Linie drängten, und diese Linie auf politischem, rechtlichem, auf allen Gebieten des ideologischen Ueberbaues Geltung verschafften. Was heute noch als Sozialismus in Rußland ange-